



März 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im März 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 2.485 Menschen Italien auf dem Seeweg. Der Großteil der Menschen auf der Flucht (93%) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. Des Weiteren gab es wieder einige Ankünfte in Kalabrien über die Ionische Route (4.9%), die Boote starteten in diesen Fällen meist von der Türkei aus. Insgesamt kann [borderline-europe](#) für ca. 72% der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen abgelegt haben, der Prozentsatz liegt aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Die Abfahrten aus Tunesien liegen in diesem Monat bei 4% und sind damit im Vergleich zum [Vormonat](#) (1%) geringfügig angestiegen. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen rund 57% der Angekommenen, wobei in 5 Fällen erste Unterstützung durch NGO-Schiffe erfolgte. 20.5% der Rettungen wurden durch NGO-Schiffe ausgeführt. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im Februar an etwa 5% der Rettungen beteiligt. 15.5% der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Bei 2% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im März 2.407 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat ähnliche Ankunftsahlen belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen der vom Innenministerium herausgegebenen Zahlen gibt. Zudem wird es in letzter Zeit immer schwieriger, genaue Informationen über Ankünfte auf dem Seeweg zu erhalten. Die Arbeit von Journalist*innen wird zunehmend erschwert, wie es der am 22. März weitergeführte [Streik](#) der Journalist*innen der Zeitung [Dire](#) zeigt, die seit zwei Monaten keine Gehälter mehr erhalten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter diesen Zahlen Schicksale stehen - Menschen, die eine oft lebensgefährliche Route hinter sich haben. Bei einem [Bootsunglück](#) vor Lampedusa am 7. März sind mindestens 46 Menschen ums Leben gekommen. Sechs Leichen wurden geborgen, 40 Menschen gelten immer noch als vermisst. Es konnten nur zehn Überlebende aus der Elfenbeinküste, Kamerun, Mali und Guinea gerettet werden. Sie berichteten, dass sie fünf Tage auf dem Meer trieben, ohne dass ihre Hilferufe von den italienischen Behörden beantwortet wurden. Auch dieser Fall zeigt klar auf, wie die italienischen Behörden Mitschuld an den Toten im Mittelmeer tragen.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 1.400 Interceptions auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanischen Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. 756 Menschen wurden nach Libyen und 644 nach Tunesien zurückgeschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Am 17. März gab die tunesische Nationalgarde bekannt, dass sie mehr als 600 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, "gerettet" und nach Tunesien zurückgebracht habe. Außerdem wurden von ihr 18 Leichen geborgen.

Nach diesen Push- und Pullbacks werden die Migrant*innen oft unter prekären Bedingungen in Gefangenenlager festgehalten. Menschenrechtsverletzungen werden in diesen Gefangenenlager regelmäßig [dokumentiert](#).

Malta weigert sich Rettungen in seiner SAR-Zone durchzuführen

Durchgesickerte [Dokumente](#) offenbaren, wie Malta sich systematisch weigert, Rettungseinsätze in seiner ausgewiesenen Such- und Rettungszone (SAR) durchzuführen. "Malta reagiert nie und weigert sich, diesen Operationen zu folgen", heißt es explizit in einem internen Memo der EU-Marineoperation Irini. Dies ist ein vernichtendes Urteil einer offiziellen EU-Militärquelle und ähnelt den Berichten von NGOs, die von den maltesischen Behörden keine Antwort auf ihre Notrufe oder E-Mails erhalten. Während Malta im letzten Jahr zwischen Januar und Oktober 92 Menschen gerettet hat, wurden von der italienischen Küstenwache 12.399 Menschen gerettet. Die libysche Küstenwache griff 8.179 Menschen auf und NGO-Schiffe retteten 8.271 Menschen. Wie die Times of Malta schreibt, deuten diese Zahlen auf eine bewusste Strategie hin: Wenn Malta nicht reagiert, wird das Problem auf andere abgewälzt. Malta entscheidet sich bewusst dazu, Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen.

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem Monat, der vergeht. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im März 31 Personen ihr Leben auf der Flucht, 41 Menschen gelten allein in diesem Monat noch als vermisst. Das Schicksal von weiteren insgesamt 60 Personen ist ungewiss. Auch hier dürfte die Dunkelziffer deutlich höher liegen.

Das Jahr 2024 war laut der [IOM](#) das tödlichste Jahr für Migrant*innen seit Beginn der Aufzeichnungen: Mindestens 8.938 Menschen starben auf Migrationsrouten im letzten Jahr. Die Identifizierung der Opfer von Schiffsunglücken im Mittelmeer und die Trauer der Hinterbliebenen bleiben zentrale Themen im Kontext der Migration. Genau darum geht es in der neuesten Publikation von [borderline-europe](#), "[Streiflicht Italien: Verlorene Leben, unerzählte Geschichten](#)".

WEGE NACH EUROPA

Fragwürdige Kooperation: Ein Milizenführer in Rom

Die enge Kooperation zwischen Italien und Libyen in der Migrationspolitik gerät zunehmend in die Kritik. Der [Besuch](#) des umstrittenen libyschen Milizenführers Abdul Ghani Al-Kikli in Rom hat erneut Fragen zur italienischen Unterstützung libyscher Akteure aufgeworfen. Al-Kikli ist bekannt für seine Rolle bei der Inhaftierung und Misshandlung von Migrant*innen in libyschen Gefängnissen. Sein Auftreten in Italien zeigt die problematische Zusammenarbeit zwischen Rom und Akteuren, die direkt mit [Menschenrechtsverletzungen](#) in Verbindung stehen. Seit der Unterzeichnung des [Memorandums](#) im Jahr 2017 unterstützt Italien Libyen finanziell und materiell bei der Kontrolle der Migration, auch in Zusammenarbeit mit Milizen. Die [Mitverantwortung](#) Italiens für die Missstände in libyschen Internierungslagern kann daher nicht mehr bestritten werden.

Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache: Rechtswidrige Praxis?

Besonders problematisch ist die Kooperation mit der so genannten libyschen Küstenwache. Italien finanziert deren Einsätze, um sogenannte Pullbacks durchzuführen, bei denen Migrant*innen auf hoher See abgefangen und zurück nach Libyen gebracht werden. Obwohl die libysche Küstenwache im Jahr [2024](#) mehr Menschen als zuvor abgefangen hat, oft in internationalen oder maltesischen Gewässern, ist die Zahl der Überfahrten nach Europa weiter gestiegen. Dies stellt die Wirksamkeit der europäischen und italienischen Strategie in Frage. Kürzlich hat jedoch das Gericht in Rom in einem wichtigen [Präzedenzfall](#) die systematische Praxis der italienischen Seenotrettungsleitstelle für rechtswidrig erklärt, die trotz ihrer Mittel und ihres Wissens Migrant*innen in Seenot nicht retten und sie den libyschen Behörden zu überlassen. Innenminister Matteo Piantedosi [verteidigte](#) dennoch im Senat die enge Zusammenarbeit mit Libyen und argumentierte, dass diese gefährliche Überfahrten verhindern und Such- und Rettungseinsätze gemäß internationalem Recht stärken solle. Kritiker*innen werfen ihm jedoch vor, Italiens Verantwortung für Schutzsuchende auf Libyen abzuwälzen und damit ein System zu unterstützen, das [nachweislich](#) gegen Menschenrechte verstößt.

Menschenhandel zwischen Tunesien und Libyen: EU-Mittel in der Kritik

Der aktuelle Bericht "[State Trafficking - Expulsion and Sale of Migrants from Tunisia and Libya](#)" hat zudem den staatlich unterstützten Menschenhandel zwischen Tunesien und Libyen dokumentiert. Dieser Bericht, der dem EU-Parlament vorgelegt wurde, belegt, dass Migrant*innen systematisch aus Tunesien abgeschoben und an der libyschen Grenze verkauft werden – unter Einsatz von Fahrzeugen, die mit EU-Mitteln finanziert wurden. Die tunesische Regierung wies die [Vorwürfe](#) zurück, doch die Veröffentlichung hat international für Aufsehen gesorgt. Die Enthüllungen verstärken die Kritik an der europäischen Migrationspolitik, die zunehmend auf Abschottung setzt, ohne sich ausreichend um die Einhaltung menschenrechtlicher Standards zu kümmern.

Eskalierende Gewalt gegen Migrant*innen in Nordafrika: Libyen und Tunesien unter Kritik

In Westlibyen kam es zwischen dem 12. und 16. März zu massiven [Angriffen](#) auf People of Color, darunter Migrant*innen und Einheimische. Milizen, Sicherheitskräfte und Zivilist*innen führten koordinierte Razzien durch, verhafteten Hunderte Menschen, vertrieben sie aus ihren Wohnungen und zerstörten deren Besitztümer. Mindestens zwei Personen wurden ermordet. In Städten wie Tripolis, Sabrata und Janzour wurden zahlreiche Migrant*innen inhaftiert oder direkt an Milizen übergeben. Die libysche Regierung schürt die Gewalt zusätzlich durch Hassreden und verfolgt das Ziel, alle People of Color aus Libyen zu [vertreiben](#). Sie fordert zudem die UN auf, mehr [Unterstützung](#) für die „freiwillige Rückkehr“ von Migrant*innen in ihre Herkunftsländer bereitzustellen – ein Vorgehen, das vielfach als erzwungene Abschiebung kritisiert wird.

Auch in [Tunesien](#) verschärft sich die Situation für Migrant*innen. Die Regierung drängt mit Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verstärkt auf deren „freiwillige Rückkehr“. Menschenrechtsorganisationen wie die tunesische Liga für Menschenrechte (Ltdh) [warnen](#) vor wachsender Gewalt und Diskriminierung gegen Migrant*innen aus Subsahara-Afrika. Besonders in der Stadt Sfax leben etwa 30.000 Menschen unter prekären Bedingungen in provisorischen Lagern, oft in Olivenhainen. Berichte über Misshandlungen durch die tunesische Polizei häufen sich, ebenso Berichte darüber wie Migrant*innen an libysche Menschenhändler ausgeliefert werden. Journalist*innen [kritisieren](#) die mangelnde Transparenz und eingeschränkte Berichterstattung über die Situation von Geflüchteten in Tunesien.

ZIVILER WIDERSTAND

Im März 2025 wurden 20,5% aller Rettungen von NGOs durchgeführt. Die „civil fleet“, die zivile Seenotrettung, konnte zusammen 509 Menschen retten. Es gab diesen Monat eine [Mehrfachrettung](#), die von der Sea-Eye 4 (NGO Sea-Eye) durchgeführt wurde und bei der sie in vier aufeinanderfolgenden Rettungen 122 Menschen retten konnte.

Besondere Medienaufmerksamkeit erhielt eine Rettungsmission, die sich auf einer Gasplattform in internationalen Gewässern abspielte. Das Rettungsschiff Aurora (NGO Sea-Watch) rettete Anfang März 32 Personen, die von Libyen aus gestartet waren und auf der tunesischen [Ölplattform Miskar](#) gestrandet waren. Unter den Menschen befanden sich nach Angaben von Alarm Phone [vier Frauen und zwei Kinder, eine Person sei ums Leben gekommen](#). Der Rettung durch Sea-Watch ging die mehrtägige Untätigkeit maltesischer und italienischer Behörden voraus, obwohl sie durch Menschenrechtsorganisationen eindrücklich auf die Situation hingewiesen und zum Handeln aufgerufen wurden. Die Menschen berichteten in dieser Zeit von einem Mangel an Wasser, Nahrung und Unterschlupf und harschen Bedingungen auf der Plattform, auf der sie nicht adäquat versorgt werden konnten.

Zwischenzeitlich stand eine [Evakuierung durch die tunesische Küstenwache](#) im Raum, was unter Umständen einen Pullback hätte darstellen können. Ein Sprecher von Sea-Watch prangerte in diesem Kontext ein "[kalkulierte\[s\] Versagen europäischer Staaten](#)" an und unterstrich die Bedeutung ziviler Seenotrettung im Mittelmeer. Die Rettung wurde durch die Sea-Watch Luftaufklärung unterstützt.

Im April wird sich ihre Flotte um ein weiteres Flugzeug [vergrößern](#): Die gemeinsam mit der Humanitarian Pilots Initiative und United4Rescue betriebene Seabird 3 soll sowohl im Mittelmeerraum, als auch über dem Atlantik im Bereich der kanarischen Inseln eingesetzt werden. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass im Fall einer Beschlagnahmung eines der Aufklärungsflugzeuge ([auf Grundlage des Flussi-Dekrets](#)) die Seabird-Flotte weiter einsatzbereit ist.

Update zum Fall Cutro: Fortschritte im Gerichtsverfahren

Zwei Jahre nach dem Schiffsunglück von Cutro mit mindestens 94 Toten und zahlreichen Vermissten [geht das Gerichtsverfahren weiter](#). Sechs Beamt*innen der italienischen Küstenwache und der Finanzpolizei stehen wegen fahrlässiger Verursachung des Schiffbruchs vor Gericht. Neben Angehörigen der Opfer und Überlebenden, darunter auch zwei bereits wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise verurteilte Pakistani, treten [mehrere Seenotrettungsorganisationen als Nebenklägerinnen](#) auf – darunter Sea-Watch, SOS MEDITERRANEE, SOS Humanity, Mediterranea Saving Humans, EMERGENCY und Louise Michel. Sie sehen das Unglück als Folge systematischen Behördenversagens und fordern eine lückenlose Aufklärung, die auch höhere Verantwortliche einbezieht. Die Organisationen dokumentieren seit Jahren Fälle unterlassener Hilfeleistung im Mittelmeer und drängen darauf, dass die politische und behördliche Verantwortung für vermeidbare Todesfälle nicht länger straflos bleibt. Der Prozess könnte ein wegweisender Schritt gegen staatliches Versagen bei der Seenotrettung sein.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de